

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion, hier Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Anmerkungen
139	12	1120	14	-2.443.310	<p>Fraktion: -30.000 Euro. Aufwendungen für flächendeckendes, kostenloses W-Lan im Innenstadtdgebiet Tübingen. Der Zugang zum Internet ist elementarer Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe, der nicht am Geld scheitern darf.</p> <p>-20.000 Euro. Gutachten Open Source Software in der Verwaltung. Open-source Software spart gegenüber proprietärer Software Geld für Lizenzgebühren und gilt im Allgemeinen als sicherer. Ein Gutachten sollte prüfen in welchem Umfang derzeit Geld für Lizenzen ausgegeben wird, welche Programme durch freie Software ersetzt werden können und wie viel Geld das auf lange Sicht sparen könnte.</p>	<p>W-Lan Antrag wird unterstützt, Arbeitsauftrag an Verwaltung Lösung zu erarbeiten, --> mehrheitliche Zustimmung, Sperrvermerk, Aufhebung im VA 30.000 Euro</p> <p>Antrag open source für 20.000 Euro --> mehrheitliche Zustimmung, Aufhebung Sperrvermerk im VA 20.000 Euro</p>
172	002	1114-002	12	-347.337	<p>AL/Grüne: Einrichtung einer 50% Stelle für eine:n Queerbeauftragte:n.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Verwaltung hält die Ansiedlung der Aufgabe nur bei der Stabsstelle "Gleichstellung und Integration" für sinnvoll.</p>	Stellenschaffung mit Sperrvermerk, ggf. Aufhebung nach Vorstellung eines möglichen Konzepts durch Stabsstelle im VA
172	002	1114-002	14	-323.260	<p>AL/Grüne: -40.000 Euro. Projektmittel für Honorarkräfte bei der Stabsstelle Gleichstellung und Integration für die wissenschaftliche Begleitung und Umsetzung der EU-Charta.</p> <p>Fraktion: -10.000 Euro. Aufwendungen für kostenlose Tampons und Binden auf allen städtischen öffentlichen Toiletten - In Deutschland werden Menschen mit Regelblutungen systematisch benachteiligt, da sie die Kosten der Hygieneartikel für Menstruation selbst tragen müssen. Daneben gibt es noch finanzielle Belastungen durch regelbedingte Krankheitstage und Medikamente gegen Schmerzen. Das schottische Parlament hat beschlossen, allen Frauen Hygieneprodukte wie Tampons und Binden kostenlos zur Verfügung zu stellen. Deshalb sind wir der Meinung, auf die körperliche und psychosoziale Belastung sollte nicht auch noch eine finanzielle gelegt werden.</p> <p>-10.000 Euro. Aufwendungen für kostenlose Kleinpackungen von Kondomen und Lecktüchern in Tübinger Kneipen, Bars und geeigneten öffentlichen Einrichtungen - Das Recht auf freie Entscheidung für oder gegen die Gründung und Planung einer Familie sowie das Recht zu entscheiden, ob, wie und wann Kinder geboren werden sollen, ist ein wesentliches Menschenrecht. Mehr und mehr Menschen weichen auf unsichere Methoden aus oder verhüten gar nicht, weil das Geld nicht reicht. Daher soll die Stadt kleine Packungen Kondome ggf. mit Werbung für umweltschützende Programme wie "Tübingen macht blau" oder Nachtruhe mit Sprüchen wie "Schreien könnt ihr Zuhause", in Kneipen und Bars sowie geeigneten öffentlichen Einrichtungen wie das Bürgeramt auslegen.</p>	<p>--> mehrheitliche Zustimmung für Menstruationshilfe 10.000 Euro</p> <p>Kondome keine Unterstützung</p> <p>EU-Charta 40.000 Euro: Vorlage 112/2021 benennt einen Betrag von 20.000 Euro; --> mehrheitliche Zustimmung 20.000 Euro mit Sperrvermerk, Aufhebung im VA</p>

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion, hier Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Anmerkungen
174	003	5610-003	17	-78.510	<p>AL/Grüne: -20.000 Euro. Artenvielfalt, Förderung Programm, dauerhaft fortschreiben. -4.500 Euro. Umweltzentrum, Beantragte Mehraufwendungen bezuschussen. SPD: -5.000 Euro. Umweltzentrum Tübingen e.V., Erhöhung des Regelzuschuss. -20.000 Euro. Aus Deckungsreserve Klimaschutz 20.000 Euro für Projekte zur Förderung der Biodiversität (Höchstauszahlung pro Projekt 5.000 Euro). CDU: -21.490 Euro. Umweltschutz beginnt im Kleinen, daher sollen Maßnahmen für Umweltschutz und Biodiversität gefördert werden, welche möglichst viele Bürgerinnen und Bürger ohne großen finanziellen Aufwand anwenden können. Daher sollen die Mittel des Programms Biodiversität um die nebenstehende Summe erhöht werden. Linke: Siehe Vorlage 555c/2021 interfraktioneller Antrag (Tübinger Liste und Linke) zur Förderung von Lastenfahrrädern und Fahrradanhängern. Die Vorlage wurde in die Haushaltsverhandlungen verwiesen. Fraktion: -5.540 Euro. Umweltzentrum Tübingen e.V., Erhöhung der Regelförderung <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Linke: Es handelt sich um Vorlage 555c/2020; Kostenschätzung circa 2.700.000 Euro / Jahr SPD: siehe Zeile 24.</p>	<p>Antrag für Umweltzentrum (Verstetigung des Regelzuschusses 5.000 Euro)--> mehrheitliche Zustimmung Antrag auf Erhöhung der Beträge für Artenvielfalt (20.000 Euro); --> Zustimmung</p> <p>Lastenfahrräder verschoben auf den 2. Verhandlungstag hierzu soll auch der Antrag der Fraktion zur Gründung eines Betriebs gehören, siehe Zeile 42, der Anlage 2 Investitionsprogramm Der Betrag von 2,7 Mio. Euro kommt dadurch zustande, weil - wir im hügeligen Tübingen E-Lastenräder benötigen - und die Räder laut Antrag 555c für KBC-Inhaber*innen kostenlos sein sollen --> was eine hohe Nachfrage generieren wird. - deshalb wurde hier mit 400 E-Lastenrädern gerechnet. --> Antrag wird zurück gezogen</p>
193	THH2	5710-2	17	-1.370.710	<p>AL/Grüne: -100.000 Euro. Zuschüsse (20.000 Euro), die bisher die WIT bezahlt hat für das Gönn Dir! Programm, aus lfd. WIT Budget. Als Entlastung des WIT Budget, 20.000 Euro ersetzt aus dem städtischen Haushalt. Zusätzlich 80.000 Euro als Marshall-Plan Wiederbelebung Wirtschaft nach Corona (z.B. für ÖPNV Erstattung bei Creative Ereignissen). Linke: Streichen der Mietzuschüsse Technologieförderung Reutlingen-Tübingen GmbH. Der Vertrag mit der L-Bank ist nach 15 Jahren 2018 ausgelaufen. Die L-Bank übernimmt selbst das Vermietungsrisiko im TTR. Bisher kein einleuchtender Grund, weshalb eine weitere städtische Finanzierung notwendig ist. Streichen des Zuschusses an Bio-Regio-Stern Management GmbH. Begründung: Bürokratieabbau! Deshalb zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen. Streichen des Zuschuss an Standortagentur TÜ-RT-Neckar-Alb GmbH. Vertrag zum nächstmöglichen Zeitpunkt kündigen Fraktion: Stadtmaskottchen fördern den Tourismus und tragen zur Identifikation der Bürger*innen mit der Stadt bei. Das Tübinger Maskottchen sollte etwas mit der Stadt zu tun haben. Vorschläge: ein Neckar-Monster, ein sprechendes Fahrrad, ein Stocherkahn, eine Maultasche mit Augen. Gerne auch als öffentlicher Wettbewerb an dem sich Kinder beteiligen können.</p>	<p>mehrheitliche Zustimmung für 100.000 Euro mit Sperrvermerk, Aufhebung im VA</p> <p>Streichung der Mietzuschüsse --> Ablehnung</p> <p>Stadtmaskottchen --> Ablehnung</p>
213	33	1222	14	-652.598	<p>AL/Grüne: Verpflichtende Schulungen für Mitarbeitende im Bereich Diskriminierungssensibilisierung für den Bereich Ausländerwesen. 20.000 Euro aus dem Budget für Fortbildung. Oder kostenneutral von Landeszentrale für politische Bildung. <u>Hinweis der Verwaltung:</u> Gesamtbudget Fortbildungen liegt bei 31.000 Euro.</p>	<p>mehrheitliche Zustimmung für 10.000 Euro mit Sperrvermerk, Aufhebung im VA</p>

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion, hier Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Anmerkungen
243	40	2710	17	-402.600	<p>SPD: -15.600 Euro. Beibehaltung des Zuschussniveaus an die Volkshochschule von 2020.</p> <p>FDP: -13.860 Euro. Eine faire Behandlung der Institutionen, Vereine und Initiativen im Kulturbereich, insgesamt.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Aufteilung der im Antrag genannten Summe erfolgt nach den Verteilungssätzen gemäß des Antrags der FDP zum Nachtrag 2020 (13.860 + 19.140 Euro). Siehe auch Zeile 30.</p>	--> Zustimmung zu 13.860 Euro, Auftrag an die Verwaltung --> Verstetigung des Zuschusses
247	40	2810	17	-1.892.950	<p>SPD: -40.000 Euro. Beibehaltung des Zuschussniveaus an Kulturvereinigungen von 2020 (20.000 Euro), Aufnahme von 20.000 Euro Zuschuss für PACT</p> <p>Linke: -40.000 Euro. Zuschuss für PACT e.V. PACT ist Kultur für ALLE in Stadtteilen und Flüchtlingsunterkünften! Ohne den städt. Zuschuss ist die bisherige ehrenamtliche Arbeit des Vereins nicht möglich. Das Festival im Oktober wäre gefährdet, da schon genehmigte Drittmittel des Landes nicht abgerufen werden können.</p> <p>FDP: -19.140 Euro. Eine faire Behandlung der Institutionen, Vereine und Initiativen im Kulturbereich, insgesamt.</p> <p>Fraktion: -10.000 Euro. Aufwendungen Festival de Cine Espanol.</p> <p>-14.000 Euro Aufwendungen Scenario e.V. Lagerraum Miete. Seminare und Workshops um das Thema Theater, Versicherungsschutz während Aufführungen und Proben.</p> <p>-960 Euro Aufwendungen Narrenzunft Pfrondorf e.V.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Zuschüsse: Fortschreibung Tarifsteigerungen, siehe Vorlage 907/2020, Anlage 1. Die Aufteilung der Summen erfolgt nach den dort genannten Verteilungssätzen. PACT: Die Verwaltung hat 8.000 Euro vorgesehen. Mit diesem für die Projektförderung hohen Zuschuss ist die Finanzierung des Festivals gesichert. FDP: Die Aufteilung der im Antrag genannten Summe erfolgt nach den Verteilungssätzen gemäß des Antrags der FDP zum Nachtrag 2020 (13.860 + 19.140 Euro). Siehe auch Zeile 28.</p>	<p>Kulturvereinigungen --> einstimmig für 20.000 Euro Verstetigung der Zuschüsse</p> <p>PACT! + 12.000 Euro Sperrvermerk --> mehrheitliche Zustimmung, Aufhebung Sperrvermerk im KuBis</p> <p>Cine Espanol --> Ablehnung</p> <p>Scenario e.V. --> Ablehnung</p> <p>Narrenzunft Pfrondorf --> Ablehnung</p>

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion, hier Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Anmerkungen
390	91	5470-9	17	-461.378	<p>SPD: -200.000 Euro. Realisierung 365 - Euro-Ticket: ab 12/21 (Fahrplanwechsel) Bezuschussung der ÖPNV-Preise beim TüBus: Absenken der Preise für Abos um ca. 30 % (damit Standard-Abo-Monatskarte bei 30 Euro) und der Tageskarten auf 3,00 Euro (Erwachsener), 2,00 Euro (Kind) und 8 Euro (Gruppe); außerdem Verbesserung des Angebots durch bessere Taktung, Ausarbeitung durch TüBus. Jahreskosten für Preissenkung ca. 1,2 Mill., Jahresaufwand für Angebotsverbesserung ca. 1,2 Millionen -> Aufwand für 2021 (ab 1.12.): ca. 200.000 Euro.</p> <p>Tübinger Liste: +267.800 Euro. Einstellung des ticketlosen Samstagsbus: Die seinerzeitige Begründung, damit die Ausfälle durch die Sperrung des Parkhauses Mitte beheben zu wollen, ist entfallen. Wie damals bereits abzusehen, traut sich jetzt niemand, diese Annehmlichkeit zu streichen. Die Maßnahme wird letztlich von den Dauerkarten-Abonnent_innen virtuell mitbezahlt, sie leistet keinen erkennbaren Beitrag zur stärkeren Akzeptanz des ÖPNV und liefert drittens auch keine verwertbaren Erkenntnisse für Fragen nach der Sinnhaftigkeit und Wirkung des kostenlosen ÖPNV. Sie wird aus unserer Sicht als rein "politischer Platzhalter" für die Forderung nach kostenfreiem ÖPNV genutzt und es wird fälschlich so getan, als habe man damit den Einstieg in ihn bereits geschafft. Das Geld wird viertens ohne vernünftige soziale Wirkung überwiegend an Menschen verschenkt, die sich das Ticket ohne jeden Zweifel leisten könnten.</p> <p>Linke: Auf allen Buslinien mindestens einen 30-Minuten-Takt, auch abends und am Wochenende. Begründung: Bei den Linien 11 und 12, die aktuell auch Montag bis Freitag tagsüber nur einmal in der Stunde fahren, wäre ein 30-Minuten-Takt eine sehr gute Verbesserung. Auf Linien die aktuell im 30-Minuten-Takt fahren wäre zum Beispiel auch ein 20-Minuten-Takt eine mögliche Verbesserung ohne das Angebot gleich zu verdoppeln. Das würde die mögliche Einführung von 15-Minuten-Takten beinhalten, aber nicht für alle Linien vorschreiben.</p> <p>Fraktion: -1.100.000 Euro. 365-Ticket für den Tübinger Stadtbus (365 Euro pro Jahr). AL/Grüne haben diesen Antrag im letzten Haushalt gestellt, wir wiederholen ihn, da er wegen des Klimas und des sozialen Gefüges in der Stadt dringend notwendig ist. Der Antrag muss so umgesetzt werden, dass den Stadtwerken der Fehlbetrag erstattet wird. Unter 18-jährige zahlen die Hälfte und es wird auch für Monats ticketinhaber günstiger.</p> <p>JGR: Die Stadtwerke Tübingen GmbH bzw. die TüBus GmbH möge durch den Tübinger Gemeinderat in Form einer projektbezogenen Subvention beauftragt werden, fünf TüBusse über einen Zeitraum von fünf Jahren mit kostenfreiem WLAN auszustatten. Die Einwahl in das WLAN-Netzwerk sollte dabei möglichst einfach und barrierefrei gestaltet sein. Für dieses Vorhaben fordert der JGR finanzielle Mittel in Höhe von 51.500 Euro bereitzustellen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die Einnahmeausfälle basieren auf dem Tarifstand 2019. Dabei sind die Absenkung des Tagestickets, sowie die Preissenkungen bei den Schülertickets und Abo's nicht berücksichtigt. Ein Tarifwechsel wäre zum 01.01.2022 möglich. Behandlung des Antrags 542/2018 erfolgte am 13.07.2020 im Aufsichtsrat der TüBus. Durch den ticketlosen Samstagsbus steigerten sich die Fahrgastzahlen bereits im ersten Jahr nach der Einführung um 30%.</p> <p>JGR: Kosten pro Jahr 16.000 Euro für fünf Busse, in fünf Jahren 80.000 Euro. Aktuell Wettbewerbsbeitrag auf Bundesfördermittel in Erstellung (siehe 61/2021), deshalb kein Mittelantrag.</p>	<p>Mit Fahrplanwechsel 12/21 deutliche Verbesserung des Angebots bspw. durch Ausdehnung des Grundtakts im ÖPNV (30-, 15- und 10-min-Takt) in den Abendstunden werktags und am Samstag und die Beseitigung der letzten Lücken im 30-min-Takt (Budgetrahmen 1,2 Millionen aufs Jahr)</p> <p>Bei der nächsten Tarifänderung spätestens zum 01.01.22 Einführung eines 365-Euro-Tickets als Regelangebot mit darauf abgestimmten und untereinander harmonisierten Vergünstigungen für Menschen mit BonusCard, Schülerinnen und Schüler, Studierende sowie für Jobtickets der verschiedenen Arbeitgeber. Kein Kunde darf schlechter gestellt werden. Prüfung einer Absenkung der Schülertickets auf Semesterticketniveau (Budgetrahmen für Tarifänderungen insgesamt 1,2 Millionen aufs Jahr)</p> <p>Auftrag an die Verwaltung: Bericht über Möglichkeiten der Nahverkehrsabgabe, Bericht über die Erfolgsaussichten des Bundesantrags, Berichte bis zur Sommerpause</p> <p>--> mehrheitlich für Einstellung von 200.000 Euro</p> <p>--> JGR 32.300 Euro für freies WLAN in 5 Bussen --> Mehrheitliche Zustimmung</p>

Interfraktioneller Antrag der Fraktionen AL/Gruene, SPD und Fraktion, hier Arbeitsaufträge an die Verwaltung						
Haushaltsplan/ Seite	Organisationseinheit	Produktgruppe	Lfd. Nummer	lt. Entwurf + Änderungsliste	Bemerkungen	Anmerkungen
446	9		8	-50.000	Grundschule Hügelschule, Schulhofmauer, PSP 7.211001.1003.02	Sperrvermerk über 50.000 Euro, Aufhebung im PA
492	9		8	-300.000	Kunststoffrasenplätze Sanierung	<p>Zustimmung --> 50.000 Euro werden nach 2021 vorgezogen, für 2022 reduzieren sich HH-Ansatz und VE somit auf 250.000 Euro.</p> <p>Begleit Antrag: "Bis zu den Sommerferien werden in einem Workshop unter Einbeziehung des Sfs, von betroffenen Vereinen, Vertreter*innen der Fraktionen und der Stadtverwaltung folgende Aspekte im Zusammenhang mit der Sanierung des SSC-Platzes bzw. bezüglich der künftigen Rahmenbedingungen für die Sanierung weiterer KRPs in Tübingen diskutiert:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die künftige Ausgestaltung der Sportförderungsrichtlinien, auch bezüglich der Förderung von vereinseigenen Sportanlagen (dazu liegt ein Antrag des Sfs vor, weitere Vorschläge können eingebracht werden), 2. die Frage, ob bzw. wie eine Eigenbeteiligung der Vereine an der Sanierung ihres Platzes machbar und zumutbar scheint, damit der WLSB-Zussschuss beantragt werden kann sowie 3. Vor- und Nachteile einer Rekommunalisierung des SSC-Platzes, wie von der Verwaltung unlängst vorgeschlagen, sowie 4. künftige Nutzungsbedingungen für sanierte Plätze, egal ob in städtischer Regie oder in Vereinshand <p>Eine Entscheidung der Gremien dazu erfolgt zügig, spätestens vor den Herbstferien."</p>